

Zeitschrift: Rheinfelder Neujahrsblätter
Herausgeber: Rheinfelder Neujahrsblatt-Kommission
Band: 55 (1999)

Artikel: Rheinfelden und die Revolution in der Schweiz
Autor: Bircher, Patrick
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-894665>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Rheinfelden und die Revolution in der Schweiz

Patrick Bircher

Einblicke in das Grenzgebiet zwischen Rhein und Jura im ausgehenden 18. Jahrhundert

Erster Koalitionskrieg

Im Gegensatz zur benachbarten Eidgenossenschaft standen das Rheintal und die vorderösterreichischen Waldstädte bereits im Juli 1796 unter französischer Besetzung. Unmittelbar nach ihrem Eintreffen beschlagnahmten die Okkupanten die städtischen Kassen, plünderten vereinzelt kirchliche Einrichtungen und belegten die Bevölkerung mit Einquartierungen und ausgesprochen hohen Zwangsabgaben.¹

Nachdem ihnen die österreichischen Verbände bei Biberach eine schwere Niederlage zugefügt hatten, zogen die republikanischen Einheiten unter General Moreau Mitte Oktober 1796 plündernd und raubend rheintalabwärts. Sie überquerten den Fluss bei Laufenburg, wo sie die Holzbrücke in Brand steckten, um den nachfolgenden österreichischen Truppen die Verfolgung zu erschweren. Bei Säckingen wechselte die französische Armee erneut auf das entgegengesetzte Rheinufer, vermochte jedoch bei ihrem Rückzug gegen Westen den Angriffen kaiserlicher Verbände zwischen Schwörstadt und Wehr nicht standzuhalten und zog sich deshalb über die Rheinfelder Brücke zurück. Als die republikanischen Truppen in die linksrheinischen Gebiete des südlichsten Breisgaus eindrangen, trafen sie bei Möhlin auf die Volksmiliz aus den Landschaften Fricktal und Möhlinbach, die an der Seite kleinerer österreichischer Einheiten erfolgreichen Widerstand leistete.² Mit Genugtuung vermerkte Anton Challamel, der Propst des Chorherrenstiftes St. Martin, dass es dem Verband aus regulären Armeekontingenten

1 Burkart, Sebastian, Geschichte der Stadt Rheinfelden bis zu ihrer Vereinigung mit dem Kanton Aargau, Aarau 1909, S. 557-562; Schib, Karl, Geschichte der Stadt Rheinfelden, Rheinfelden 1961, S. 325-327; Jehle, Fridolin, Geschichte der Stadt Laufenburg, Bd. 1, Die gemeinsame Stadt, Laufenburg CH/D 1979, S. 124-127.

2 Jehle, Laufenburg I, S. 126.

und bäuerlicher Volksmiliz schliesslich gelungen sei, die Revolutionstruppen zurückzuschlagen und aus der Stadt Rheinfelden zu vertreiben: «...Es kam noch ein Zug Husaren mit einem Trupp daher springender Bauern. Man griff von neuem an. Der Feind musste sich in die Stadt zurückziehen. Doch schoss er durch die Schiessscharten der Ringmauer bei einer Stunde lang auf die Unsigen. Dessen ungeacht kletterten Bauern und Soldaten über die aufgezogene Fallbrücke hinauf. Das Tor wurde mit Gewalt gesprengt und während die Franzosen durch die Stadt liefen, sprengten die Husaren und ließen die atemlose(n) Bauern auf dem Fuss nach...»³

Unter dem Eindruck der Verwüstungen und Plünderungen, welche die Rückmarschachse der französischen Armee kennzeichneten, war offenbar auch die Abwehrbereitschaft der ländlichen Bevölkerung gewachsen. Nach der Beurteilung Anton Challamels hatten die «etlich(en) 100 Fricktaler», die das kaiserliche Korps ergänzten, wesentlichen Anteil daran, dass die «bösen Gäste» rasch in die Flucht geschlagen werden konnten.⁴

Der Niederlage der französischen Truppen in Süddeutschland standen die entscheidenden militärischen Erfolge der von Napoleon Bonaparte geführten republikanischen Verbände in Norditalien gegenüber. Im Oktober 1797 sahen sich die kaiserlichen Unterhändler deshalb gezwungen, die von französischer Seite diktierten Bedingungen zu akzeptieren und den Friedensvertrag von Campo Formio zu unterzeichnen.⁵ Bis zum Frühjahr 1799, als sich nach Ausbruch des Zweiten Koalitionskrieges erneut republikanische Heereinheiten am Hochrhein festsetzten, übten die habsburgischen Behörden noch einmal die ungeteilte Amtsgewalt über das vorderösterreichische Gebiet aus.

Revolutionäre Propaganda

Zwischen 1790 und 1795 gewann Basel als einer der wichtigsten Stützpunkte der revolutionären Propaganda- und

3 Die Schilderung Anton Challamels ist abgedruckt bei: Wigger, Franz (Hg.), Augenzeugenbericht über den Rückzug der Franzosen durch Rheinfelden im Oktober 1796, in: RhNJB, 13. Jg. (1957), S. 35-42, hier: S. 39.

4 Ebd., S. 39 und S. 42.

5 Der Vertragstext vom 17. Oktober 1797 ist abgedruckt bei: Wolfensberger, Heinrich (Hg.), Napoleonische Friedensverträge. Campo Formio 1797 – Lunéville 1801 – Amiens 1802 – Pressburg 1805 – Tilsit 1807 – Wien-Schönbrunn 1809, Quellen zur neueren Geschichte, hg. vom Historischen Seminar der Universität Bern, Heft 5, Bern 1946, Friedensvertrag von Campo Formio, S. 7-16.

Abkürzungen:

ASHR: Amtliche Sammlung der Acten aus der Zeit der helvetischen Republik, bearb. von Strickler, Johannes und Rufer, Alfred, 16 Bde., Bern/Fribourg 1886-1966.

HBLS: Historisch-Biographisches Lexikon der Schweiz, hg. mit der Empfehlung der Allgemeinen Geschichtsforschenden Gesellschaft der Schweiz, 7 Bde. mit Supplement, Neuenburg 1921-1934.

RhNJB: Rheinfelder Neujahrsblätter, Jg. 1 ff. (Rheinfelden 1945 ff.)

StAAG: Staatsarchiv des Kantons Aargau, Aarau

StaRh: Stadtarchiv Rheinfelden/CH

Organisationstätigkeit für den oberrheinischen und süddeutschen Raum zunehmend an Bedeutung.⁶ Diese Entwicklung erfüllte die österreichischen Beamten in Rheinfelden und Freiburg ebenso mit Besorgnis wie die regelmässigen Kontakte, die zwischen den Bewohnern des Oberen Fricktals und den Bürgern der bernischen Munizipalstadt Aarau bestanden, wo das revolutionäre Gedankengut ebenfalls auf fruchtbaren Boden gefallen war.⁷ Trotz der Nähe zu diesen Agquisitionszentren und einer wachsenden Aufstandsbereitschaft breiter Bevölkerungsschichten im südwestdeutschen Raum blieb die Resonanz auf die neuen Ideale von Freiheit und Gleichheit im Gebiet der Kameralherrschaften Rheinfelden und Laufenburg gering. Die punktuell fassbare renitente Haltung der Bevölkerung gegen obrigkeitliche Weisungen ging kaum über das bereits vor Beginn der Französischen Revolution fassbare Mass hinaus. Die von den Untertanen gelegentlich offen geäusserte Kritik an den vorgesetzten habsburgischen Beamten entzündete sich meist an den bekannten Problemfeldern des Abgaben- und Rekrutierungswesens und bildete während des 18. Jahrhunderts eine Grundkonstante vorderösterreichischer Verwaltungspraxis.⁸

Die leidvollen Erfahrungen der fricktalischen Bevölkerung während der militärischen Auseinandersetzungen des 17. und 18. Jahrhunderts, in denen Frankreich stets als Aggressor auf-

6 Das Dekret des französischen Wohlfahrtsausschusses vom 21. November 1794 bringt die Bedeutung Basels für die französische Propagandatätigkeit zum Ausdruck. François de Barthélemy, der Gesandte der französischen Republik in der Schweiz, wird darin unter anderem ermächtigt, «Geheimagenten ohne Vollmacht und ohne offiziellen Charakter in die Länder der Koalition zu schicken, mit der Verpflichtung, unverzüglich dem Wohlfahrtausschuss Nachricht über ihre Namen, Qualität und Fähigkeit zu geben.» Das Dokument ist abgedruckt und kommentiert bei Scheel, Heinrich, Süddeutsche Jakobiner. Klassenkämpfe und republikanische Bestrebungen im deutschen Süden Ende des 18. Jahrhunderts, 2. Aufl., Vaduz 1980, S. 150.

7 StAAG 6358, Fosc. 2. Am 12. Dezember 1793 antwortete das Oberamt in Rheinfelden auf eine entsprechende Anfrage des Landespräsidiums in Freiburg, es sei «eine allgemein bekannte Sache, ... dass fast alle Aarauer mit dem unsinnigen Dämon der französischen Freyheit und Gleichheit besessen seyen, und fast jedem, der in ihrer Stadt einigen Verkehr macht, tolle Grundsätze in Wirths- und Privat-Häusern beyzubringen suchen.» Wegen «Annahme der französischen Grundsetze» erschien den vorderösterreichischen Behörden Aarau zuweilen gar «verdächtiger als Basel». Vgl. dazu StAAG 6358, Fosc. 2, Landesregierung in Freiburg an Oberamt Rheinfelden, 8. Februar 1794.

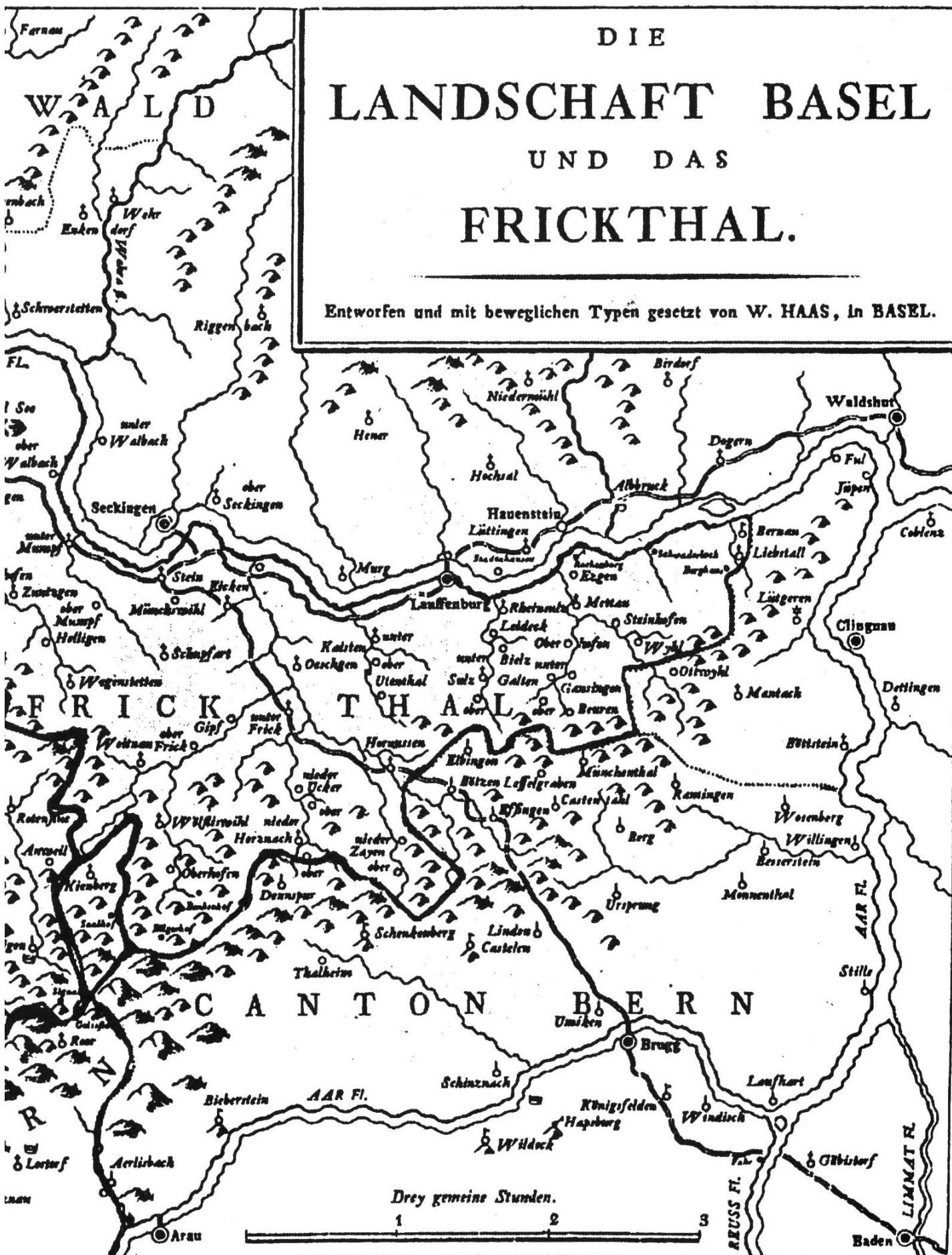
8 Zu den Schwierigkeiten, mit denen die Behörden bei der Rekrutenaushebung konfrontiert waren, vgl. Graf, Walter, Die Selbstverwaltung der fricktalischen Gemeinden im 18. Jahrhundert. Ein Beitrag zur innern Geschichte des absolutistischen Staates, Frick 1966, S. 84-89. Hinweise auf Widerstände gegen obrigkeitliche Amtshandlungen unter StAAG 6358, Fosc. 1 und 2.

Folgende Doppelseite:
Die 1798 durch den Basler Buchdrucker Wilhelm Haas herausgegebene Übersichtskarte der Landschaft Basel und des Fricktals galt an der Wende vom 18. zu 19. Jahrhundert als «ziemlich genau». Während das ehemalige Fürstbistum Basel seit 1793 zur französischen Republik gehörte, bildeten das Fricktal und die auf der rechten Seite des Rheins unmittelbar anschliessenden Gebiete noch Teil des vorderösterreichischen Breisgaus. Im Kanton Basel, dessen nördlicher Bereich zwischen dem französischen und dem österreichischen Territorium lag, gelangte das Gedankengut aus dem westlichen Nachbarland bereits im Januar 1798 zum politischen Durchbruch. (Universitätsbibliothek Basel, Kartensammlung, Schw. B. Nr. 75)



DIE
LANDSCHAFT BASEL
UND DAS
FRICKTHAL.

Entworfen und mit beweglichen Typen gesetzt von W. HAAS, in BASEL.



getreten war, prägten ein negatives Bild des westlichen Nachbarlandes, das durch die Ereignisse des Ersten Koalitionskrieges erneut bestätigt und vertieft worden war. Zudem hatten die im Geist des aufgeklärten Absolutismus wirkenden habsburgischen Herrscher in ihren Reformprogrammen bereits Teilespekte des revolutionären Forderungskataloges vorweggenommen.⁹ Wenn auch die Diskrepanz zwischen legislatorischem Anspruch und konkreter Lebenswirklichkeit immer wieder offenbar wurde und der Reformeifer teilweise zu weit griff, so gelang es doch, Massnahmen und Prozesse einzuleiten, die über die habsburgische Herrschaftszeit am Hochrhein hinaus wirksam blieben und insbesondere im jungen Kanton Aargau die rechtlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen des frühen 19. Jahrhunderts wesentlich mitprägten.¹⁰

Erste Reaktionen auf die Revolution in der Basler Landschaft

Trotz intensiver Nachforschungen der österreichischen Behörden, die in ihren Bemühungen durch den lokalen Klerus unterstützt wurden, war über die Tätigkeit von Emissären oder die Verbreitung aufrührerischer Schriften in den Kameeralherrschaften Rheinfelden und Laufenburg nur wenig bekannt geworden.¹¹ Um die Stimmung im Volk möglichst genau zu ergründen, folgte das Oberamt einer Weisung der Landesregierung und berief auf Ende Januar 1798 eine Versammlung der Obervögte, Ortsvorsteher und Geschworenen nach Rheinfelden ein. Die nachgeordneten Verwaltungsstellen bestätigten den Vertretern des Oberamts, dass die Bevölkerung mit den herrschenden Verhältnissen und der kaiserlichen Herrschaft äusserst zufrieden sei. Die «Demolierung

9 Eine überblicksmässige Darstellung der wichtigsten Massnahmen bietet Jehle, Laufenburg I, S. 114-123.

10 Zur Nachwirkung der österreichischen Gesetzgebung im kirchenpolitischen Bereich vgl. Waldmeier, Josef Fridolin, *Der Josefinitismus im Fricktal 1780-1830*, Diss. Phil. I, Fribourg 1949, S. 19-22 und S. 159-165, sowie Staehelin, Heinrich, *Geschichte des Kantons Aargau*, Bd. 2, Baden 1978, S. 55. Weitreichende Bedeutung erlangte auch die staatliche Gebäudeversicherung, die der Aargau 1805 als erster Kanton auf Anregung fricktalischer Grossräte nach dem Vorbild der breisgauischen «Feuerassekuranz-Societät» einführte. Vgl. dazu Seiler, Christophe/Steigmeier, Andreas, *Geschichte des Aargaus. Illustrierter Überblick von der Urzeit bis zur Gegenwart*, Aarau 1991, S. 89-90.

11 StAAG 6358, Fasc. 1, Pfarrer Melchior Mösch aus Frick meldet dem Oberamt Rheinfelden am 8. Oktober 1798, dass er trotz ausgedehnter Nachforschungen mit Unterstützung aller Pfarrer im Fricktal nur ein Stück «scandalöser piecen aus der Schweiz» habe ausfindig machen können.

der Bergschlösser» in der Basler Landschaft hätte allgemeines Unverständnis ausgelöst und die benachbarten «Landschaftsbasler», die mit weiss-rot-schwarz gefärbten Kokarden über die Grenze kämen, würden von den österreichischen Untertanen mit misstrauischen Blicken gemustert.¹²

Das idealisierte Bild, das die österreichischen Beamten aller Hierarchiestufen nicht zuletzt aus Eigeninteresse gegenüber ihren vorgesetzten Amtsstellen zeichneten, entehrte indessen nicht eines realen Hintergrundes. Die anfängliche Begeisterung, mit der die revolutionären Ideale und die französischen Truppen in den angrenzenden Gebieten der Schweiz teilweise begrüßt wurden, rief bei einer Mehrzahl der Bewohner im Fricktal, die noch unter dem Eindruck der Folgen des Ersten Koalitionskrieges stand, eher Skepsis als Zustimmung hervor. Mit den existentiellen Problemen des Alltags beschäftigt, zogen offenbar breite Bevölkerungsschichten im südlichsten Breisgau die politische Stabilität der revolutionären Veränderung vor, die, wie das Beispiel Frankreichs gezeigt hatte, rasch in anarchische Verhältnisse abzuleiten drohte.

Angesichts der unterschiedlichen ideologischen Positionen und der militärisch gespannten Atmosphäre konnten gelegentliche Zwischenfälle an der schweizerisch-vorderösterreichischen Grenze nicht ausbleiben. Im Januar 1799 erschien Ortsvorsteher Richard Schauli von Kaiseraugst vor dem Oberamt in Rheinfelden und berichtete, dass etwa acht Mann der in Baselaugst stationierten französischen Truppen die österreichische Militärwachthütte angezündet hätten. Kaum habe die Hütte zu brennen angefangen, seien der Wirt Halter und der Agent Johann Iventaler herbeigeeilt und hätten über diese Feuersbrunst «laut gelachet und grosse Freude bezeuget.» Da sie dann auch noch in den grenznahen Forsten des Kameralamtes zur Jagd gingen, gelangte Schauli zum Schluss, «dass man sich am Ende von denen Schweizern wenig Gutes zu versprechen und von diesen mehr Übles als von den Franzosen selbsten zu befürchten habe.»¹³

Fluchtpunkt südlichster Breisgau

Neben dem revolutionären Propagandamaterial, das in wachsendem Umfang von Basel und Strassburg aus Verbreitung fand, galt die Aufmerksamkeit der Beamten an der breis-

12 StAAG 6358, Fasc. 1, Oberamt Rheinfelden an Landespräsidium in Freiburg, 25. Januar 1798.

13 StAAG 6462, Fasc. 1, Actum Rheinfelden, 18. Januar 1799.

gauischen Westgrenze vor allem auch den illegal einreisenden französischen Agitatoren. Diese Kontrollaufgabe wurde durch zahlreiche Emigranten erschwert, die auf dem nahegelegenen österreichischen Gebiet Zuflucht suchten. Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Radikalisierung der revolutionären Ereignisse in Frankreich zeigten die Behörden zunächst grundsätzlich Verständnis für die Motive der Flüchtlinge. Aufgrund der wachsenden Kriegsgefahr sahen sich die habsburgischen Beamten im exponierten breisgauischen Grenzraum nach 1792 jedoch veranlasst, die Einreise- und Aufenthaltsbedingungen für Emigranten stark einzuschränken.¹⁴

Da die Aufnahmekapazität der von der vorderösterreichischen Landesregierung im August 1792 zur Beherbergung von Emigranten bestimmten Städte Rottenburg, Ethingen, Konstanz und Villingen schon bald erschöpft war und sich zahlreiche Flüchtlinge umgehend bemühten, einer geregelten Tätigkeit nachzugehen, waren die Behörden geneigt, in Ausnahmefällen auch für weitere Ortschaften Aufenthaltsbewilligungen zu erteilen. Die vor allem durch strategische Überlegungen motivierte Absicht des Landespräsidiums, das Gebiet am Hochrhein «von den Emigranten nach und nach zu reinigen»¹⁵, liess sich im Hinblick auf die unvermindert anhaltende Einwanderungsbewegung aus Frankreich auch mit verschärften polizeilichen Massnahmen nicht durchsetzen. Die österreichischen Behörden versuchten deshalb eine möglichst weitreichende Kontrolle über die im Lande weilenden Flüchtlinge auszuüben. Sie untersagten ihnen, Kontakte mit dem Heimatland zu unterhalten oder Ausflüge ins benachbarte Ausland, insbesondere nach Basel, zu unternehmen.¹⁶

Um allfällige agitatorische Tätigkeiten zu unterbinden, sollten die eingewanderten Personen ausschliesslich in Städ-

14 Bereits im März 1791 hatte die Landesregierung in Freiburg die Weisung erlassen, «dass durchaus keinen Franzosen der Aufenthalt auf dem Lande und in den Dorfschaften gestattet werden solle.» Vgl. StAAG 6358, Fasc. 2. Im August des folgenden Jahres wurden die Bestimmungen verschärft. Emigranten sollten nur an den von den Behörden vorbestimmten Zufluchtsorten Aufnahme finden. Entsprechende Aufenthaltsbewilligungen oder weiterreichende Sondergenehmigungen erteilte vorübergehend nur das vorderösterreichische Militärkommando. Vgl. StAAG 6358, Fasc. 2, Landesregierung in Freiburg an Oberamt Rheinfelden, 23. und 25. August 1792. Zusammenfassend: Burkart, Rheinfelden, S. 553.

15 StAAG 6358, Fasc. 2, Landesregierung in Freiburg an Oberamt Rheinfelden, 2. Oktober 1794.

16 ebd.

ten unter unmittelbarer Aufsicht österreichischer Verwaltungsstellen angesiedelt werden.¹⁷ Mit Hilfe der Register, welche die nachgeordneten Amtsträger führten, versuchte sich die Landesregierung in Freiburg in regelmässigen zeitlichen Abständen einen Überblick über Anzahl, Herkunft und soziale Stellung der in ihrem Einflussbereich lebenden Flüchtlinge zu verschaffen.

Die zahlenmässig stärkste Emigrantenkolonie des linksrheinischen österreichischen Gebietes etablierte sich in Rheinfelden. Bedingt durch die meist kurzen Aufenthaltszeiträume änderte sich die personelle Zusammensetzung der Gruppe häufig. Die Emigranten, die meist dem Adels- oder Klerikerstand, vereinzelt auch dem begüterten Bürgertum angehörten, stammten aus unterschiedlichen Regionen Frankreichs. Während ihres Aufenthaltes in Rheinfelden wohnten sie teils bei Privatpersonen, teils in einem der Gasthöfe der Stadt.¹⁸

Die durch eine zunehmende Radikalisierung gekennzeichnete politische Entwicklung in Frankreich, die während der jakobinischen Diktatur der Jahre 1793/94 in die «Terreurs» mündete, wurde im südlichsten Breisgau durch eine erhöhte Zahl von Flüchtlingen fassbar. Neben den ordnungsgemäss registrierten Personen wuchs die Gruppe derer, die über keine vom vorderösterreichischen Landespräsidium ausgestellte Aufenthaltsbewilligung verfügten. In einem Schreiben vom 2. Oktober 1794 wies der Magistrat der Stadt Rheinfelden die Behörden in Freiburg deshalb besorgt darauf hin, «wie die französischen Emigranten immer mehr anzuhäufen, und sich allhier niederzulassen beginnen.»¹⁹ Diese Feststellung, die mit der Frage verknüpft war, ob den Eingewanderten ein Aufenthalt auch ohne Spezialbewilligung aus Freiburg gewährt werden dürfe, wurde durch ein Register belegt, das 18 in Rheinfelden lebende Emigranten verzeichnet. Sieben Personen, die sich für längere Zeit niederlassen wollten, waren erst vor kurzem angereist, die übrigen elf französischen Staatsangehörigen befanden sich schon

17 StAAG 6358, Fasc. 2, Magistrat der Stadt Rheinfelden an Landespräsidium, 2. Oktober 1794.

18 Als Aufenthaltsorte werden die «Post», der «Ochsen beim Schiff» sowie das Gasthaus zum «Schiff» selbst genannt. «In der Mühle der Stadt» hielten sich häufig Emigranten im Offiziersrang auf. Vgl. dazu StaRh 106, Fasc. 2, «Verzeichnis deren hier sich befindl. und zum Theil schon abgegangenen franz. Emigranten», 30. Oktober 1794.

19 StAAG 6358, Fasc. 2, Magistrat der Stadt Rheinfelden an Landespräsidium, 2. Oktober 1794.

seit längerem in der Stadt. Neben zwei Priestern aus dem Raume Colmar handelte es sich dabei um Adlige aus dem Burgund und der Ile de France, die vereinzelt auch ihre Hausangestellten mitgebracht hatten.²⁰

Die Forderung der Landesregierung, dass sich «alle in der hiesigen Gegend aufhaltende(n) Emigranten über die Mittel zu ihrer Subsistenz oder über die Gerechtigkeit ihrer Gesinnung und Aufführung auf eine glaubwürdige Art ausweisen müssten,...» blieb in der Praxis unerfüllbar. Das Oberamt erkannte jedoch die volkswirtschaftliche Bedeutung, welche von Emigranten aus unteren sozialen Schichten für das Kleingewerbe und die Landwirtschaft ausging:

«... Was die sich in einige Dorfschaften hereingeschlichene und ohne diesseitiges Wissen aufgenommene Domestiken, oder Knechte, so bey Bauern oder Handwerks-Leuthen dienen, anbelanget; so sind die mehreren davon nicht nur von einem ganz unverdächtigen Lebenswandel, sondern auch ihren Meisteren, fast unentbehrlich, weil an derley benötigten Dienstleuthen wegen den öfteren Rekrutierungen und unbefugten Auswanderungen ein merklicher Mangel vorhanden ist.»²¹ Die österreichischen Beamten in Rheinfelden waren umso eher geneigt, diesen Arbeitskräften einen längeren Aufenthalt zu gewähren, «als die gleichfalls ohne hohe Präsidial-Erlaubnis in den Städten sich aufhaltende(n) Emigranten, so nicht wie jene mit täglicher Arbeit, sondern meistens vom Kredit, oder gutherzigen Leuthen lebten, bisher noch nicht abgetrieben worden seyen, und sich mit Erlaubnis von den Militärbehörden noch in der Stadt Rheinfelden befindeten...»²²

Die wirtschaftliche Nützlichkeit handwerklich tätiger Emigranten bot jedoch nach Ansicht der Landesregierung in Freiburg keinen hinreichenden Grund, die Bewilligungspraxis zu lockern. Die Leitlinien der vorderösterreichischen Einwanderungspolitik blieben weiterhin auf die Erhaltung der inneren Sicherheit ausgerichtet, die durch die kriegerischen Ereignisse und jakobinisch gesinnte Agenten permanent

20 Ebd., Vgl. auch StaRh 106, Fasc. 2: «Verzeichnis deren hier sich befindl. und zum Theil schon abgegangenen franz. Emigranten.»

21 StAAG 6358, Fasc. 2, Oberamt an Landespräsidium, 12. November 1794. Die anhaltende Bedeutung der eingewanderten Personen, die sich in einem Dienstverhältnis befanden, belegt auch das unter StAAG 6358, Fasc. 2 abgelegte Verzeichnis der Emigranten in der Kameralherrschaft Rheinfelden vom 22. Mai 1798.

22 StAAG 6358, Fasc. 2, Oberamt an Landespräsidium, 12. 11. 1794

23 StAAG 6358, Fasc. 2, Landespräsidium an Oberamt, 13. November

gefährdet schien.²³ Im Gegensatz zu den Vertretern des Oberamtes, die in bezug auf die Aufenthaltsgesuche zunächst einer differenzierten Betrachtungsweise den Vorzug gaben, stiess die restriktive Haltung der Freiburger Behörden bei Rat und Bevölkerung Rheinfeldens offenbar auf breitere Zustimmung. Im März 1795 stellte der Magistrat mit Befriedigung fest, dass nun auch das Oberamt französischen Emigranten künftig die Einreise verweigern wolle, und wünschte darüber hinaus im Namen mehrerer Bürger, die sich über die wachsende Teuerung und andere «bedenkliche Umstände» beschwert hätten, dass die bereits in der Stadt lebenden Einwanderer ebenfalls ausgewiesen würden.²⁴

Diese kompromisslose Forderung fand jedoch auch beim Landespräsidium keinen Rückhalt. Vor dem Hintergrund neuerer Weisungen aus Wien unterzogen die Freiburger Behörden gegen Ende des Ersten Koalitionskrieges ihre zuvor geübte Einwanderungspolitik gar einer grundlegenden Revision. Gestützt auf das Direktorialhofdekret vom 7. Februar 1797 erteilten vorderösterreichische Regierung und Kammer für ihren Verwaltungsbereich erneut Aufenthaltsbewilligungen an französische Emigranten, die den Nachweis erbringen konnten, dass sie über hinreichende Mittel verfügten, um ihren Lebensunterhalt zu fristen.²⁵ Diese Praxis blieb nicht unumstritten. Die unter der Bevölkerung erhobenen Vorwürfe, dass die Einwanderer für die rasche Teuerungszunahme verantwortlich seien, fand unter dem Eindruck der Ressourcenverknappung während des Ersten Koalitionskrieges auch Eingang in die Argumentationsweise des Rheinfelder Oberamtes. Die negative Grundhaltung gegenüber den Emigranten richtete sich nun in zunehmendem Mass gegen die grosse Zahl von Klerikern, die im grenznahen österreichischen Gebiet Zuflucht suchten:

«Die französische Geistlichkeit schleicht sich in einer zimmlichen Anzahl immer mehr in das Land herein, setzt sich gemeinlich an die Gränzen der Schweitz und von Elsass, um füglicher in Frankreich zu correspondieren und in jedem Fall ihrem Vaterland näher zu seyn... Die benachbarte

1794; Befürchtungen wegen Unterwanderung durch jakobinische Emissäre; sowie ebd. 16. November 1794 Ablehnung einer Aufenthaltsbewilligung für den im Kloster Olsberg tätigen Schmied Valentin Bürr von Wolschweiler aus dem Elsass.

24 StAAG 6358, Fasc. 2, Magistrat der Stadt Rheinfelden an Oberamt, 30. März 1795.

25 StAAG 6358, Fasc. 2, Landesregierung an Oberamt Rheinfelden, 2. März 1797.

Schweiz jagt diese Leute grössten theils zu uns herüber, und gestattet den Aufenthalt kaum einigen wenigen. Mithin werden mehrere Landschaften über(be)legt und die Lebensmittel samt den Quartier(en) dahier in der Stadt (Rheinfelden) auf das höchste getrieben.»²⁶

Trotzdem fassten offenbar einzelne Mitglieder der Rheinfelder Emigrantengemeinde den Entschluss, sich am neuen Aufenthaltsort definitiv zu etablieren. Die österreichischen Behörden übten bei Niederlassung und Grundstückserwerb in der Regel eine restriktive Bewilligungspraxis. Der Nachweis von Vermögenswerten und die Bestätigung eines längeren Aufenthaltes im habsburgischen Herrschaftsgebiet konnten den Entscheid der Behörden allerdings positiv beeinflussen. Der aus der Franche Comté eingewanderte Chevalier de Montessus, ein Angehöriger des Malteserordens, erwarb im September 1797 vom Rheinfelder Bürger Mathias Kueni ein nicht näher lokalisiertes Haus mit Garten.²⁷ Da der Ankauf von Grundeigentum die «Eigenschaft eines Inländers und Unterthanes» voraussetzte, stellte der Erwerber bei den städtischen Behörden den Antrag um Aufnahme ins Bürgerrecht. Mit den Ausweispapieren und dem vom Rheinfelder Magistrat ausgestellten Leumundszeugnis versehen, gelangte das Gesuch an die vorderösterreichische Regierung und Kammer in Freiburg, wo zuhanden der Hofkanzlei in Wien ein Rechtsgutachten verfasst wurde. Nach beinahe vier Monaten teilte die kaiserliche Verwaltung den nachgeordneten Stellen die «allerhöchste Bewilligung» des Antrages mit.

Das Vordringen französischer Truppen auf eidgenössisches Territorium veranlasste im Frühjahr 1798 zahlreiche dem Ancien Régime nahestehende Personen zur Emigration aus der Schweiz. Die erneut einsetzende Flüchtlingswelle überstieg die Aufnahmekapazität des wirtschaftlich ohnehin geschwächten Gebietes zwischen Jura und Schwarzwald bei weitem. Nach einer Dienstreise durch die Landschaften Möhlinbach und Fricktal teilte der in Rheinfelden residierende Oberamtmann Biermann dem Landespräsidium in Freiburg am 6. März 1798 mit, dass nach dem Einfall der Franzosen in Solothurn «alle Strassen von flüchtigen Schweizern voll, und das ganze Frickthal von derley unglücklichen Leuten ange-

26 StAAG 6358, Fasc. 2, Oberamt Rheinfelden an Landespräsidium, 19. Oktober 1797.

27 Die Unterlagen zum Gesuch des französischen Malteserritters Montessus finden sich unter StAAG 6254, Fasc. 10, 14. September 1797, 12. Januar 1798.

füllt seye.»²⁸ Auf dem Weg von Rheinfelden nach Frick begegneten ihm «unendlich viele geflüchtete Güter, Gerätschaften, Kutschen, gemeine Schweizer-Soldaten und Offiziere, ganze Reihen von Handwerksburschen und sonstigen Leuten von allen Ständen.» Da ihm die entgegenkommenden Flüchtlinge sowie der österreichische Hauptmann von Kaiser berichteten, dass «Aarau ganz eingeschlossen, die Brücke abgehoben, die Bürger sich miteinander schlageten, und kurz alles über und unter sich gienge», brach der Oberamtmann seine Reise in Frick ab.

Wie in den unmittelbar an der Grenze zur Schweiz gelegenen vorderösterreichischen Juradörfern waren sämtliche Unterkunftsmöglichkeiten durch die Emigranten hoffnungslos überbelegt, so dass Biermann für die Übernachtung nur mit äusserster Mühe noch «einen elendig rauchigen Winkel» fand.²⁹ Obwohl der Handlungsspielraum der österreichischen Behörden äusserst begrenzt war, entschied Regierungspräsident Sumerau, dass es angesichts «der traurigen Lage der Umstände», in welcher sich die Schweiz befindet, unmenschlich sei, die Flüchtlinge wieder in ihr Herkunftsland zurückzuweisen.³⁰ Er empfahl, den Eintreffenden umgehend tiefer im österreichischen Staatsgebiet gelegene Zufluchtsorte anzuweisen. Damit sollte die Bevölkerung des linksrheinischen Gebietes möglichst schnell materiell entlastet und die Gefahr eines französischen Interventionsschlages auf das österreichische Territorium verhindert werden.³¹

Im Mai 1798 hielten sich in der Kameralherrschaft Rheinfelden noch 170 Flüchtlinge auf, die vorwiegend aus der Schweiz, dem Elsass und dem ehemaligen Fürstbistum Basel stammten. Die zahlenmässig stärkste soziale Gruppe bildeten dabei die Weltgeistlichen und Ordensangehörigen. In einigen Pfarrhäusern lebten neben dem Ortspfarrer vier bis fünf weitere Kleriker aus dem benachbarten Ausland.³² Während

28 StAAG 6298, Fasc. 13, Oberamtmann Biermann an Landespräsidium, 6. März 1798.

29 Ebd.

30 StAAG 6298, Fasc. 13, Freiherr von Sumerau an Oberamt Rheinfelden, 11. März 1798.

31 Ebd.

32 StAAG 6358, Fasc. 2, 14. Mai 1798 « 17. Dezember 1798. Französische Kleriker, die sich in verschiedenen Ortschaften aufhielten, stellten über das Oberamt Rheinfelden beim zuständigen Landespräsidium einen Niederlassungsantrag. Die Stabhalter und Ortsgeistlichen, die für jeden Gesuchsteller ein Leumundszeugnis beilegen mussten, verwiesen in einem Begleitschreiben meist auf die weitreichende Assimilierung und die breite Akzeptanz, die der emigrierte Kleriker bei der örtlichen Bevölkerung genoss. Gestützt auf

sich der Abt von Mariastein und acht Konventualen in das Prioratsgebäude von Wittnau zurückgezogen hatten,³³ fanden weitere Ordensangehörige aus der Schweiz bei ihren fricktalischen Verwandten oder Bekannten Zuflucht.³⁴

Aufgrund der militärischen Bedrohung, der die Kameralherrschaften Rheinfelden und Laufenburg nach dem Einmarsch französischer Truppen in die Schweiz erneut ausgesetzt waren, ordneten die österreichischen Beamten verschärft Sicherheitsmassnahmen an. Durchreisende galten unabhängig von ihren persönlichen Zielen und Motiven grundsätzlich als Sicherheitsrisiko. Im Juni 1798 erliess das Oberamt Rheinfelden an die Obervogteiverwalter der Landschaften Möhlinbach und Fricktal die Weisung, «dass die verdächtigen französischen Unterthanen worunter vorzüglich auch die nacher Maria Einsiedeln wallfahrtenden Elsässer zu rechnen sind, an den Gränzen ohne weiteres zurückgewiesen werden sollen.»³⁵

Widerstand gegen die Helvetische Republik

Die zahlreichen ausgewanderten Schweizer, die sich im südlichen Breisgau in unmittelbarer Nähe zur neuen Hauptstadt Aarau aufhielten, erschienen den helvetischen Behörden grundsätzlich verdächtig. Sie forderten deshalb, dass die «schweizerischen Emigranten sich von den Schweizergrenzen und insonderheit aus dem Frickthal entfernen sollen.»³⁶

Die Gefahr, dass Anhänger des Ancien Régime im vorderösterreichischen Grenzraum gegenrevolutionäre Aktivitäten vorbereiten könnten, blieb bis zur erneuten Besetzung dieses Gebietes durch französische Truppen im März 1799 eine stete Sorge des helvetischen Direktoriums.³⁷ Der Basler

diese Angaben, entsprachen die Behörden in Freiburg dem Antrag in den meisten Fällen.

33 StAAG 6298, Fasc. 13, Oberamtmann Biermann an Landespräsidium, 6. März 1798.

34 StAAG 6358, Fasc. 2, Liste der vom Landespräsidium erteilten Aufenthaltsbewilligungen, 19. August 1798.

35 StAAG 6358, Fasc. 2, Oberamt Rheinfelden an die Obervogteiverwalter in Möhlinbach und Fricktal, 12. Juni 1798.

36 ASHR, Bd. 2, S. 369-370, Statthalter Schmid an das Direktorium, 12. Juni 1798.

37 Das Direktorium erörterte diese Frage mehrfach und bat die österreichischen Behörden, im Sinne guter nachbarschaftlicher Beziehungen «diesen Ruhestörern keinen Aufenthalt mehr zu gestatten.» Vgl. dazu ASHR, Bd. 1, S. 1025, Helvetisches Direktorium an die vorderösterreichische Regierung in Freiburg, 23. Mai 1798. Zur agitatorischen Tätigkeit, die einzelne emigrierte Anhänger des Ancien Régime vom Fricktal aus betrieben, vgl. Burckhardt, Felix, Die schweizerische Emigration 1798-1801, S. 125-132.

Statthalter Schmid erhielt deshalb den Auftrag, sich neben den österreichischen Truppenbewegungen auch über die Tätigkeit der schweizerischen Emigranten im südlichen Breisgau auf dem laufenden zu halten und der Zentralregierung wöchentlich zweimal Bericht zu erstatten.³⁸ In der Tat diente das weit in das schweizerische Staatsgebiet hineingreifende Fricktal einer Gruppe von emigrierten Aristokraten als Ausgangsbasis für eine rege, gegen die neue helvetische Staatsordnung und deren Vertreter gerichtete Agitierstätigkeit. Neben der gezielten Verbreitung von Schriftgut organisierten die Vertreter der entmachteten Führungsschicht des Ancien Régime über ein Netz von Agitatoren die seit Anfang Dezember 1798 von den helvetischen Behörden mit Strafe belegte Emigration aus der Schweiz³⁹ und warben Freiwillige für eine gegenrevolutionäre Armee.

Im südlichsten Breisgau stand der Berner Patrizier Franz Salomon von Wyss an der Spitze dieser Aktivitäten, die sich auf eine Restauration der vorrevolutionären Verhältnisse richteten. Er hatte im Sommer 1798 die Helvetische Republik verlassen und zog nach einem kurzen Aufenthalt in Wien nach Dogern und später nach Waldshut. Der Berner Aristokrat stand in engem Kontakt mit dem ehemaligen Landvogt Xaver Ludwig von Gugger, der sich in Rheinfelden niedergelassen hatte und von dort vor allem die Emigration aus dem Kanton Solothurn organisierte. Als wichtiger Stützpunkt und Vorposten der gemeinsamen Aktivitäten diente den beiden der Gasthof «Adler» in Frick, wo sie ihre Gewährsleute stationiert hatten.⁴⁰ Das Grenzgebiet zwischen Rhein und Jura blieb in der Folge sowohl für die Vertreter der alten Ordnung als auch für die Vorkämpfer neuer Strukturen von erheblichem Interesse. Die über Jahrhunderte gefestigte habsburgische Herrschaft, die den österreichischen Beamten und weiten Teilen der Bevölkerung noch 1798 als unverrückbares Faktum galt, neigte sich bereits im März des folgenden Jahres ihrem Ende zu. Mit dem erneuten Einmarsch französischer Truppen wurde auch das Gebiet zwischen Rhein und Jura unmittelbar in die Ereignisse des Zweiten Koalitionskrieges und den nachfolgenden Veränderungsprozess einbezogen.

38 ASHR, Bd. 1, S. 1025, Helvetisches Direktorium an den Statthalter in Basel, 22. Mai 1798. Weitere Hinweise auf politische Aktivitäten der schweizerischen Emigranten in der ASHR, Bd. 3, S. 36, 1239, 1241, 1249; Bd. 4, S. 238, 510.

39 HBLS, Bd. 4, S. 150, 4. Dezember 1798.

40 Hebeisen, Erika, Streit um die neue Ordnung, in: Revolution im Aargau. Umsturz-Aufbruch-Widerstand 1798-1803, Aarau 1997, S. 227.